

- > Programmeinstellungen des rbb bleiben trotz Ministerpräsidenten-Initiative wirksam
- > Innerhalb von 5 Jahren hat der rbb den Aufwand um 100 Mio. Euro reduziert und 320 Stellen abgebaut
- > rbb-Intendantin übt Kritik am vorliegenden Entwurf des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages

„Es ist das beharrliche Bohren dickster Bretter von Nöten“

> Interview mit Dagmar Reim, Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb)



> Dagmar Reim

Geboren: 4. November 1951

Studium der Geschichte, Germanistik und Publizistik in Mainz und München

1975 - 1979 Redakteurin beim Bayerischen Rundfunk

1979 - 1986 Redakteurin beim WDR

1986 - 2003 beim NDR mit folgenden Stationen:

Hörfunk-Redakteurin, Leiterin der Pressestelle,

Moderatorin der NDR-Talkshow, ARD-Sprecherin,

Chefredakteurin Hörfunk, Direktorin des

Landesfunkhauses Hamburg

Seit 1. Mai 2003 Intendantin des rbb

Die Entscheidung des rbb, die rbb-Hörfunkwelle „Radio Multikulti“ und auch die ARD-Fernsehsendung „Polylux“ zum Ende des Jahres einzustellen hat deutschlandweit zu Protesten und Kritik geführt. „Die finanzielle Situation des RBB lässt es leider nicht zu, alle sieben Radioprogramme zu erhalten“, erklärte die Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb), Dagmar Reim, am 21. Mai in Berlin. Ab dem kommenden Jahr werde auf derselben Frequenz das multikulturelle Programm Funkhaus Europa des WDR übernommen. An dieser Entscheidung, so Intendantin Dagmar Reim in einem promedia-Interview, ändere auch der Beschluss der Ministerpräsidenten vom 12. Juni nichts, die KEF zu beauftragen, einen Vorschlag für eine Änderung der ARD-internen Gebührenverteilung vorzunehmen. „Weil ich verpflichtet bin“, so Dagmar Reim, „die Ausgaben und Einnahmen unseres Senders ins Lot zu bringen. Ich kann mir das nicht aussuchen.“ Unmittelbar vor dem Treffen der Ministerpräsidenten hatten sich die Intendanten der vier großen Sender BR, NDR, SWR und WDR gegen eine Neuverteilung der Rundfunkgebühren gewandt.

promedia: Frau Reim, der rbb begeht in diesen Tagen sein fünftes Jubiläum und ist in der Absicht gegründet worden, aus SFB und ORB einen Sender zu schaffen, der finanziell besser dasteht als vorher die einzelnen Sender. Heute hat man aber den Eindruck, dass es Ihnen finanziell nicht besser geht. Trügt der Eindruck?

Reim: Man muss differenzieren. In den ersten fünf Jahren hat der rbb kraftvoll seine Aufgaben gelöst. Die waren schwer genug. Bis zum 1. Januar 2009 werden wir 320 Stellen abgebaut haben, ohne eine einzige betriebs-

bedingte Kündigung. Außerdem werden wir insgesamt rund 100 Mio. Euro in unserem Aufwand gekürzt haben. Das ist beachtlich, zumal es bei voller Beibehaltung unseres sehr vielfältigen und differenzierten Programmangebots geschah. Wir sind nun aber durch die hohen Gebührenbefreiungen, durch Abwanderung und Forderungsausfälle in unserem strukturschwachen Sendegebiet in einer komplizierten Lage. Diese negative Entwicklung können wir nach den Kürzungen in den ersten fünf Jahren nicht mehr allein kompensieren.

promedia: Bei der Gründung haben Sie eine ganze Reihe von „Altlasten“ übernommen. Hätte man den Sender von vornherein noch etwas schlanker aufstellen können?

Reim: Nein, er ist schlank. Wir können uns mit unseren Strukturen und unseren Programmkosten überall sehen lassen. Nur sind wir jetzt an eine kritische Grenze geraten und sind leider zu schmerzlichen Einschnitten im Programm gezwungen.

promedia: Waren Sie mit Ihrer Entscheidung, Multikulti und „Polylux“ einzustellen, vielleicht etwas zu vorschnell? Denn die Ministerpräsidenten haben auf Vorschlag von Berlin und Brandenburg einstimmig die KEF beauftragt, bis Oktober einen Vorschlag zur Gebührenzuordnung vorzulegen, so dass Sie bald mit mehr Geld rechnen können...

Reim: Ich freue mich sehr über die Unterstützung der Länder, in denen wir senden. Es wäre wunderbar, wenn es schnell zu einer Lösung käme, die den rbb mit mehr Finanzmitteln ausstatten würde. Dafür ist allerdings das beharrliche Bohren dickster Bretter von Nöten. Als Intendantin darf ich keine ungedeckten Schecks auf die Zukunft annehmen. Wir schreiben in diesen Tagen die ersten Entwürfe für unseren Wirtschaftsplan 2009. Der muss im Herbst fertig und verabschiedet sein.

promedia: Sie rechnen also in der kommenden Gebührenperiode nicht mehr damit, dass es eine Entscheidung gibt, die mehr Geld ins Haus bringt...

Reim: Ich hoffe auf Unterstützung, die so bald wie möglich kommt. Ich weiß aber nicht, wann das sein wird. Es fehlen uns 54 Mio. Euro in der nächsten Gebührenperiode. Wir haben uns auf ein Paket verständigt, schmerzlich genug, das davon ungefähr den Umfang

von 30 bis 35 Mio. Euro abdecken wird. Das bedeutet, wenn wir in der nächsten Gebührenperiode keine Hilfe bekommen, müssen wir weitere 20 bis 25 Mio. Euro kürzen. Dann wären weitere Einschnitte im Programm unvermeidlich.

promedia: Ist die Beauftragung der KEF der richtige Weg und versprechen Sie sich davon überhaupt eine vernünftige Lösung?

Reim: Prinzipiell ist die unabhängige KEF die richtige Adresse. Dennoch muss ich weiterhin im Kreise meiner Kollegen, die darüber nicht erfreut sind, um Hilfe bitten. Darum bemühe ich mich seit September 2006.

promedia: Auf der Intendantensitzung der ARD im April hatte man sich aber doch mit dem Thema befasst und ist zu einem Ausgleich und einer Verständigung über eine Hilfe für den rbb gekommen, so hieß es zumindest. War das eine Falschmeldung?

Reim: Nein. Wir hatten bei der Intendantentagung in Bonn eine doppelte Aufgabe. Wir wollten einerseits den Finanzausgleich für die beiden kleinen Häuser Radio Bremen und den Saarländischen Rundfunk regeln und uns andererseits darüber verständigen, wie wir bei Sendern wie dem MDR und dem rbb mit den Gebührenaufschlägen umgehen. Es gab eine sehr schwierige und komplexe Diskussion und am Ende eine Verständigung auf die Maßnahmen, die wir bekannt gegeben haben.

Ich habe in Bonn bereits darauf hingewiesen, dass ich sehr dankbar bin für diese Entlastung, aber dass die grundsätzlichen strukturellen Probleme in der Systematik der Gebührenverteilung damit nicht beseitigt sind, und dass der rbb daher weiterhin auf eine Reform dieses Systems durch die ARD drängen wird.

promedia: Es gab also keine Einigung über diese Frage...

Reim: Was beschlossen wurde, haben alle akzeptiert. Ich habe aber sofort darauf hingewiesen, dass dies nur einen sehr geringen Teil unserer Probleme löst.

promedia: Wie könnten Sie sich die neue Verteilung der Finanzen vorstellen?

Reim: Ich spreche immer von „Gebührengerechtigkeit“. Es gibt dafür mehrere Ansätze. Einer ist die von Prof. Reiter ins Spiel gebrachte Sockelfinanzierung. Alternativ könnte man bei den Gebührenaufschlägen eine Lastenverteilung z. B. so vornehmen, dass man den Mittelwert von Befreiungen in der ARD zugrunde legt. Wenn ein Haus davon ein oder

zwei Prozent abweicht, hat es die selbst zu tragen. Alles, was an Gebührenaufschlägen darüber hinausgeht, trüge die Gemeinschaft. Das hätte den Vorteil, dass damit auch anderen Sendern, die in Not geraten, geholfen werden könnte. Nicht nur dem rbb und dem MDR. Der WDR hat bereits darauf hingewiesen, dass er nennenswerte Gebührenaufschläge in den großen Städten des Ruhrgebiets hat.

promedia: Das würde aber in jedem Fall dazu führen, dass die größeren Anstalten den Hauptteil dieses Ausgleichs tragen müssten...

Reim: Ja. Selbstverständlich lehnen die großen Häuser das ab, und ich habe dafür großes Verständnis. Wer hat, der will nicht geben. Indes bin ich Intendantin eines Hauses, das unter enormen finanziellen Schwierigkeiten leidet, die wir nicht verschuldet haben. Dann hat man zwei Möglichkeiten: es schweigend hinnehmen oder darauf hinweisen. Ich bin dem rbb verpflichtet und muss darauf hinweisen. Das ist keine Attacke gegen die großen Häuser, ich weiß, wie leistungsfähig, stark und unersetzlich sie im ARD-Verbund sind. Gleichwohl kann ich mich mit der Auskunft „Wer die Musik bezahlt, schafft an!“ nicht abfinden. Wir würden auch gerne ein bisschen mehr Musik bezahlen. Und spielen.

promedia: Vor einigen Jahren gab es in der ARD Diskussionen um strukturelle Veränderungen, mit dem Ziel, angesichts des Kostendrucks kleinere Anstalten mit größeren zusammenzulegen und zu einer weiteren Konzentration zu kommen. Halten Sie es nicht für notwendig, darüber erneut nachzudenken?

Reim: Ich glaube, dass das nicht die erste Aufgabe ist, an der wir arbeiten müssen. Es sind immerhin sieben Milliarden Euro an Gebühren vorhanden – ein enormer Betrag, der allerdings ungerecht verteilt wird. Der Föderalismus der ARD ist auch eine ihrer großen Stärken.

Als die Alliierten den Deutschen das föderale System schenkten, hatten sie nicht über ein zentrales System nachgedacht, sondern darüber, dass die unterschiedlichen Länder, Menschen und Anregungen in einer solchen demokratischen Struktur vertreten sein sollten.

promedia: Ihre Entscheidungen der Programmeinstellungen bei „Polylux“ und „Radio Multikulti“ sind also unumkehrbar?

Reim: Ja, weil ich verpflichtet bin, die Ausgaben und Einnahmen unseres Senders ins Lot zu bringen. Ich kann mir das nicht aussuchen. Selbstverständlich ist meine Argumentation gegenüber meinen Kollegen Intendanten auch nicht dadurch einfacher geworden, dass wir als

kleiner Sender mit finanziellen Schwierigkeiten sieben Radioprogramme veranstalten – auch wenn diese Programme besonders preiswert hergestellt werden.

promedia: Seit 2006 weisen Sie auf die finanziellen Probleme hin, mit dem Ergebnis, dass es in der Öffentlichkeit in der Region kaum Reaktionen ausgelöst hat...

Reim: Die Politikerinnen und Politiker in Berlin und Brandenburg haben unsere schwierige Lage sehr früh erkannt. Aber sie haben auch nicht allein die Medienpolitik auf ihrer Agenda.

Unsere Probleme sind für uns enorm und erdrückend; wir dürfen allerdings von der Gesellschaft nicht erwarten, dass es auch ihre Hauptprobleme sind.

promedia: Als Sie die Einstellung von „Multikulti“ bekannt gegeben haben, gab es unter Politikern und Institutionen einen richtigen Aufschrei. Das legt den Verdacht nahe, dass es eine taktische Entscheidung war, „Multikulti“ einzustellen...

Reim: Es war keine taktische Entscheidung.

promedia: Das Echo reichte bis zu Bundestagsfraktionen. So hat man in den letzten Jahren noch nie reagiert auf die finanziellen Probleme des rbb...

Reim: Das stimmt. Allerdings war es für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für mich außerordentlich kränkend, dass uns unterstellt worden ist, es sei dies ein Fall von Ausländerfeindlichkeit, wie sich Alice Ströver oder Cem Özdemir von den Grünen geäußert haben.

promedia: Warum fiel die Entscheidung gerade für diese Programme?

Reim: Wir haben alle Alternativen diskutiert. „Radio Multikulti“ ist das einzige Programm, das wir durch ein öffentlich-rechtliches Qualitätsprogramm ersetzen können. Es kommt aus Köln und heißt „WDR-Funkhaus Europa“. Wenn Menschen ein fremdsprachiges Angebot nutzen möchten, dann bekommen sie es künftig weiterhin geliefert. Das war der Hauptgrund, wir haben zum Beispiel nie mit der geringen Quote von „Radio Multikulti“ argumentiert.

promedia: Das Programm aus Köln weist aber keinen regionalen Bezug auf. Damit geht doch auch ein Stück an Qualität und Regionalität verloren...

Reim: „Radio Multikulti“ hat einen starken Berlin-Anteil, das stimmt. Den kann „Funkhaus Europa“ nicht bieten. Aber ich wehre mich dagegen, dass nun dem WDR unterstellt

wird, er habe usurpatorische Absichten. Das Gegenteil ist richtig: Ich habe die Intendantin Monika Piel und den WDR gebeten, dieses Programm hier auszustrahlen. Es wird keinen dezidierten Berlin-Bezug mehr haben, aber das ist eben einer der schmerzlichen Einschnitte, von denen ich sprach.

promedia: Es gab die Meldung, dass es zu Gesprächen über das Programm und eine mögliche Einbeziehung der Mitarbeiter kommt. Wollen Sie hier eine Art Büro des WDR für dieses Programm aufmachen?

Reim: Die Details werden jetzt verhandelt. Fest steht, dass der WDR Interesse hat, von uns nicht nur die gesamte Nachtmusikstrecke geliefert zu bekommen, sondern auch Beiträge in arabischer, russischer und polnischer Sprache.

Das sind Beschäftigungsmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es gibt 28 festangestellte Kolleginnen und Kollegen bei „Radio Multikulti“, die alle bei uns im rbb bleiben und mit Gesicht und Stimme in die anderen Programme gehen.

Es wäre eine Katastrophe, wenn diese wichtigen Themen wie Integration, Dialog der Kulturen und Toleranz lediglich bei „Multikulti“ stattgefunden hätten. Die sind und waren immer eine Aufgabe für den gesamten rbb.

promedia: Die anderen Programme richten sich aber doch sicher an einen etwas anderen Kulturkreis und an andere Hörer?

Reim: Es sind alles Hörer, die in dieser Stadt Berlin leben, inklusive der 500.000 Menschen mit dem so genannten Migrationshintergrund. Selbstverständlich müssen deren Themen, die ja auch unsere Themen sind, in allen Programmen vorkommen. Das ist der Fall.

Ein Beispiel: In der jüngsten Rundfunkrats-sitzung habe ich über viele Preise und Auszeichnungen für die rbb-Programme berichtet. Alle hatten sich mit den Themen Toleranz, Menschenwürde, Kampf gegen Rechts, Interkulturalität beschäftigt, und es war „nur“ ein Preis für „Radio Multikulti“ dabei. Genau das entspricht unseren Intentionen - es sind Querschnittsthemen für alle Programme unseres Hauses.

promedia: Wenn der finanzielle Ausgleich in den nächsten vier Jahren nicht erfolgen sollte, wo sehen Sie noch Möglichkeiten zum Einsparen?

Reim: Unser Ziel ist es, dass wir diese Hilfe innerhalb der nächsten vier Jahre erhalten. Deswegen machen wir jetzt nicht den Kahl-schlag, den die 54 Mio. erfordern. Wir sagen aber deutlich, dass wir, wenn es keine Hilfe gibt, weitere schmerzliche Eingriffe ins Programm nicht vermeiden können.

promedia: Die neuen Medien und das Internet sind ein wichtiges Thema der ARD. Werden diese Vorhaben von Ihren Sparmaßnahmen auch tangiert oder gehen Sie weiter Ihren digitalen Weg?

Reim: Wir sind selbstverständlich bei allen Aktivitäten rund um das Internet als kleinerer Sender nicht in der ersten Reihe. Aber für uns ist es als ARD-Sender genauso wichtig wie für alle anderen, dass wir durch den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag im Netz nicht stranguliert werden. Ich fände es ganz schlimm, wenn es jetzt zu einer kleinteiligen, bürokratischen Reglementierung käme. Wer weiß, was sich innerhalb von zwei Jahren im Netz entwickelt. Wenn uns die Politik hier zu viele Hürden aufbaut, werden wir jüngere Menschen kaum noch erreichen, obwohl auch dies unsere Aufgabe ist.

promedia: Aber die Politiker können die Spielregeln in zwei Jahren wieder verändern, wenn sich manches anders bewegt als man heute annimmt...

Reim: Die Zeit und die Nerven, die in die Formulierung dieses Staatsvertrages investiert werden, könnte man meiner Meinung nach sinnvoller investieren. Niemand in der ARD bestreitet, dass es Begrenzungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Netz geben soll. Das ist in Ordnung, aber wenn man dies zu kleinteilig, dirigistisch und bürokratisch macht, knüpft man ein Netz, das den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom Fortschritt abkoppelt.

promedia: Andererseits sieht der Entwurf sehr viele weitreichende Möglichkeiten vor. Sie sind vertreten in neuen Medien, können ein eigenes Angebot für Handy-TV entwickeln und sind im Netz mit aktuellen Beiträgen und Mediatheken dabei. Sind Sie nicht de facto überall präsent, wie es die ursprüngliche Forderung war?

Reim: Die Dinge, die uns behindern, stehen sozusagen im Kleingedruckten. Was hat man von einem groß angelegten, mit harter Arbeit recherchierten Dossier im Netz, wenn man es nach sieben Tagen herausnehmen muss, da es dazu keine aktuelle Sendung im Fernsehen gibt? Nichts!

promedia: Worauf führen Sie die kleinteilige und für Sie behindernde Diskussion zurück?

Reim: Ich vermag es mir nur so zu erklären, dass die Horrornachrichten der Verleger bei denen, die den Staatsvertrag schreiben müssen, verfangen haben. Es bleiben aber Horrornachrichten. Das Netz ist groß, und die ARD ist heute auf Platz 63 der Nutzung. Ich finde das nicht wirklich gefährlich für andere Marktteilnehmer. (HH)



Der rbb nahm im Mai seinen Neubau für das Inforadio in Betrieb. Auf einer Gesamtfläche von 1500 m² beheimatet der News-Komplex vier Sendestudios, zwei Produktionsstudios, zwei Reporterboxen und einen Fernseh-Nachrichtenplatz. Neunzig Arbeitsplätze finden auf drei Etagen Raum.